

Hundetaxe soll Tierheime unterstützen

Für Tierheime wird das **Geld** immer knapper. Gemeinden könnten einen Teil der Hundetaxe für Tierheime abgeben. Dies fordert eine Grossrätin in einer Motion.

BRIGITTE JECKELMANN

In der Wohnung eines Mehrfamilienhauses ist seit Tagen ein Hund eingesperrt. Der Besitzer sitzt im Knast. Zähnefletschend und knurrend lässt der Hund keinen der alarmierten Polizisten an sich heran. Letzte Möglichkeit: Der Tierschutzverein. «Mit der Zange mussten wir den Hund packen und ins Tierheim nach Orpund bringen», sagt Ernest Schweizer, Vizepräsident des Tierschutzvereins Biel-Seeland. Beim erwähnten Fall handelt es sich um einen jener gefährlichen Hunde, die in letzter Zeit durch die Meldepflicht von Bissverletzungen gehäuft im Tierheim landen. «Und dort brauchen sie viel Platz, denn gefährliche Hunde können wir nicht mit anderen Hunden zusammen lassen.» Letztes Jahr hat das Tierheim Orpund 75 000 Franken in neue Einzelgehege investiert. «Wer, wenn nicht wir, sollte denn sonst solche Tiere bei sich aufnehmen?» fragt Schweizer und meint zugleich auch «wer soll dies alles bezahlen?».

Tierheime erfüllen Auftrag

Die Grüne Grossrätin Dorothea Loosli-Amstutz hat eine Möglichkeit gefunden, wie Tierheime und Tierauffangstationen zu mehr Geld kommen könnten. In einer Motion schlägt sie vor, das Gesetz über die Hundetaxe zu ergänzen, welche die Gemeinden jährlich von Hundebesitzern einkassieren (siehe Infobox).

Loosli schwebt vor, dass aus der Taxe ein Beitrag bestimmt wird, der diesen Institutionen zugute kommt. «Tierheime und Tierauffangstationen werden von Tierschutzvereinen geführt und grösstenteils durch Spenden finanziert», begründet Loosli, «sie erbringen Leistungen im Auftrag



Ernest Schweizer fragt: «Wer kümmerte sich um ausgesetzte Tiere, wenn es die Tierschutzvereine nicht geben würde?» Bild: René Villars/a

der Öffentlichkeit, die sie ohne Unterstützung nicht mehr abdecken können.»

Vor diesem Hintergrund bietet es sich nach Meinung von Loosli an, «einen Anteil der Hundetaxe zur Vergütung dieser Aufgaben einzusetzen».

Abzweigen, was übrigbleibt

Für Ernest Schweizer sind «in erster Linie die Gemeinden» zuständig für die anfallenden Kosten. Schweizer sagt, das Tierheim Orpund nehme Tiere auf aus rund 130 Gemeinden im Seeland und dem Berner Jura. Mit 70 Gemeinden existieren bereits Vereinbarungen, wonach diese jährlich einen festgesetzten Beitrag an das Tierheim bezahlen.

Doch dies reicht bei Weitem nicht aus. Eine Anpassung des Gesetzes über die Hundetaxe, wie sie Dorothea Loosli-Amstutz vorgeschlagen hat, wird bereits im

Hundetaxe

- 1903 eingeführt wegen der starken Zunahme von Hunden und zur Kontrolle der Verbreitung der Tollwut.
- Im Kanton Bern darf die Hundetaxe höchstens 100 Franken betragen.
- Zahlungspflichtig sind Welpen ab drei Monaten.
- Tag der offenen Tür am 4. Oktober im Tierheim Orpund. (bjg)

Link: www.tierschutz-biel-seeland.ch

Kanton Jura praktiziert. Sie will aber nicht sagen, dass die Gemeinden deshalb ihre Hundetaxen erhöhen sollten. Nur ein Anteil der übrig bleibenden Einnahmen, die nicht für den Unterhalt

von Hundetoiletten, Leerungen von Robidogkästen und so weiter verwendet werden, soll an Tierheime fliessen. Dass die Motion in den Gemeinden nicht unbedingt auf Zustimmung stösst, ahnt sie schon.

«Falscher Ansatz»

Lengnau Gemeindepräsident Max Wolf findet, es sei klar, dass Tierheime unterstützt werden sollten. Nur den Ansatz über die Hundetaxe hält er für «falsch».

Er würde es sinnvoller finden, wenn «das Geld beim Verursacher direkt einkassiert» wird und bringt als Gegenvorschlag, dass jeder, der sich einen Hund zulegt, beim Kauf der Hundemarke auf der Gemeinde einen bestimmten Betrag deponieren soll, der direkt an Tierheime geht. «Auf diese Weise», so Wolfs Meinung, «würde sich vielleicht manch einer vorher überlegen, ob er wirk-

lich einen Hund will.» Ähnlich sieht das der Lysser Gemeindepräsident Hermann Moser: «Ich finde diese Subventionitis über sieben Wege schlecht», sagt er, der sich lieber überlegen würde, allenfalls den Beitrag an das Tierheim zu erhöhen, den Lyss bereits jetzt bezahlt.

Er findet Zustimmung bei Arnold Stalder, dem Aarberger Gemeindepräsidenten. Auch er hält die Grundidee der Motion für «sympathisch», würde das Tierheim «aber lieber privat als über eine Steuer unterstützen». Er persönlich hätte «grundsätzlich nichts dagegen», von der Hundesteuer einen Teil an Tierheime abzugeben, sagt Bürens Gemeindepräsident Hermann Käser.

Derweil wird Ernest Schweizer zum nächsten Fall gerufen. Zwei junge Hunde bellen seit Tagen in einer Wohnung. Die Besitzer sind in die Ferien gefahren.

Ortsplanung

326 Lysser beteiligen sich

ken. 315 Fragebogen zur Ortsplanrevision Lyss seien ausgefüllt zurückgekommen und elf Eingaben brieflich an die Verwaltung geschickt worden. Das sagte Ruedi Frey, Leiter der Bauverwaltung, gestern auf Anfrage des BT. Frey bezeichnete diese Rücklaufquote als «sehr erfreulich» und führte sie auf die offensive Information vonseiten der Verwaltung zurück. Insgesamt wurden im August 6012 Fragebogen an Lysser Geschäfte und Haushalte verschickt. Der Fragebogen wurde zusätzlich auf der Homepage der Gemeinde publiziert und konnte elektronisch ausgefüllt werden. Zudem wurden Informationsveranstaltungen und im Vorfeld zwei Workshops durchgeführt, um die Bevölkerung möglichst stark einzubeziehen. Die inhaltliche Auswertung der Mitwirkung der Bevölkerung zur Ortsplanrevision steht allerdings noch aus.

Siselen

Post soll 2011 schliessen

mt. Mitte April dieses Jahres hat die Post eine Liste veröffentlicht. Aufgelistet waren jene Poststellen aus der Region, welche in Zukunft überprüft werden sollen. Die Post will damit das Postnetz der Schweiz weiter verringern. Mittlerweile haben erste Gespräche zwischen Post und Gemeinden stattgefunden. Siselen wurde dabei schon im ersten Gespräch mitgeteilt, dass die Poststelle im Dorf 2011 geschlossen werden soll. Eine Alternative wäre eine Post-Agentur, bei der immer noch Pakete und Briefe abgegeben werden können, Einzahlungen aber nur noch ohne Bargeld gemacht werden können. Die Gemeindepräsidentin Margot Mundwiler sagte gegenüber Canal 3, dass sie sich mit andern betroffenen Gemeinden aus dem Seeland zusammenschliessen möchte, um sich gegen eine Schliessung zu wehren.



AUDIO. Beitrag von Canal 3.

«Wir wollen keine Schlafgemeinde werden»

Die neue Ortsplanung der Gemeinde **Lüscherz** stösst nicht bei allen auf Gegenliebe. Besonders zwei Liegenschaften wurden zum Zankapfel. 18 Einsprachen sind eingereicht worden.

cbl. Die geplante Revision in Lüscherz erhitzt die Gemüter. Bei der nächsten Gemeindeversammlung Ende November soll sie verabschiedet werden, nächste Woche finden die Einspracheverhandlungen statt.

Gewerbe nicht bedroht

Es sind vor allem zwei Grundstücke, gegen deren Umzonung sich die Einwohner der kleinen Gemeinde direkt am Bielersee wehren wollen. Zum einen ist es eine Parzelle in Seenähe, die von einer gemischten Wohn- und Arbeitszone in eine reine Wohnzone umgewandelt werden soll. Der Bootsbauer Andreas von Bergen befürchtet hier, dass er im Falle der Umzonung eines Teils seines Grundstücks seine Arbeit nicht mehr so ausüben kann wie zuvor. Dies, so Gemeindepräsi-

dent Josef Grimm, stehe aber nicht zu befürchten: «Die Arrondierung ist planerisch sinnvoll, sein Gewerbe kann Herr von Bergen nach wie vor ausüben.»

Der «Zankapfel»

Ein weiteres Grundstück, das bisher unter die Landwirtschaftszone fällt, soll nun Bauland werden. Beide Flächen sollen nach Ansicht der betroffenen Einwohner so bleiben, wie sie sind. Insgesamt 18 Einsprachen wurden betreffend der Ortsplanungsre-

vision eingereicht. Das Grundstück, auf das sich die meisten Einsprachen beziehen, könnte in Zukunft bis zu acht altersgerechte Wohnungen beherbergen. Der 72-jährige Besitzer würde es der Gemeinde verkaufen – unter der Voraussetzung, dass dort etwas Sinnvolles entstehe. Das Problem: Den Anliegern würde eine grüne Wiese und einigen der Blick auf den See verbaut werden. Der Gemeinderat wäre froh über das Projekt, und natürlich sei es durchaus denkbar, dass dort auch

junge Familien einziehen könnten. «Für mich ist es persönlich tragisch, wenn alte Menschen aus dem Ort plötzlich in ein Pflegeheim müssen, das in Täuffelen, Ins oder gar Worben liegt», sagt Grimm. Den Gebäudekomplex könnte man so gestalten, dass die Sicht möglichst wenig behindert werde, zum Beispiel mit einer diagonal statt quer verlaufenden Dachform. Allein zu dieser Umsetzung wurden elf Einsprachen eingereicht. Urs Balsiger ist einer von ihnen: «Es ist ein prinzipielles Anliegen des Kantons, dass keine Zersiedlung stattfindet. Ausserdem müsste vermutlich das enge Strässchen, das zu dem Grundstück führt, erweitert werden.» Mit drei Metern Breite sei die Zufahrt bereits breit genug und müsse nicht erweitert werden, glaubt der Gemeindepräsident. Die Aufrechterhaltung seiner Einsprache macht Balsiger von den Verhandlungen nächste Woche abhängig.

Wenig Spielraum

Grimm ist in seinem neunten Amtsjahr: «Damals habe ich angefangen, weil ich etwas für das Dorf machen wollte.» Viele im Dorf begrüssen, dass er meistens ansprechbar ist, da er vor Ort ar-



Josef Grimm, Gemeindepräsident von Lüscherz, hat Probleme, die Umzonungen durchzusetzen. Bild: cbl

NACHRICHTEN

Lengnau: Radfahrerin verletzt

pkb. Gestern ist in Lengnau eine Radfahrerin mit einer Schülerin zusammengestossen. Die Zweiradlerin war kurz vor 12 Uhr auf der Bürenstrasse unterwegs, als gemäss ihren Aussagen das Mädchen unvermittelt auf die Strasse sprang. Die Radfahrerin stürzte und zog sich Verletzungen zu. Die Kantonspolizei sucht Zeugen, Telefon 032 344 51 11.

Studen: EVP nominiert Kandidaten

mt. Die EVP schickt zwei Frauen und drei Männer ins Rennen um einen Gemeinderatssitz in Studen. Spitzenkandidat ist Lukas Kübli. Weiter kandidieren auf der EVP-Liste: Barbara Loacker, Hans Grossen, Katja Schwarz sowie Ralph Kübli.

Lyss: Pilotbetrieb zugestimmt

mt. Der Gemeinderat hat den Leistungsvertrag für die dreijährige Pilot-Tagesferienbetreuung mit der gad Stiftung als Auftragnehmerin genehmigt. Geplant ist ein Ferienbetreuungsangebot für Kindergarten- und Schulkinder während neun Ferienwochen im Jahr.

Unterschiedliche Regeln

«Ich persönlich ärgere mich, dass in Agglomerationen wie Lyss und Aarberg schönsten Kulturland überbaut wird, während Gebiete wie das hiesige Von-Burg-Areal, das schon lange nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird, nicht zur Überbauung genehmigt werden.» Hier hätten vor vier Jahren Eigentumswohnungen in Toplage auf 12 000 Quadratmetern entstehen sollen.